

Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum – das ist eines der Kennzeichen totalitärer Staaten. Was hat es zu bedeuten, wenn sich genau diese Verhaltensweisen in unserer Gesellschaft ausbreiten? Und dies insbesondere in dem gesellschaftlichen Milieu, das sich selbst für den Hort der Demokratie hält – das aber gleichzeitig immer öfter seine Unfähigkeit beweist, andere Meinungen als die eigene zu ertragen. Und das geradezu lustvoll aggressiv und feindselig Menschen verfolgt, die politisch anders denken. Die Rede ist vom linksliberalen Milieu. Unser Autor **Udo Brandes** hat für die NachDenkSeiten ein interessantes Buch zu diesem Thema gelesen. Im Folgenden seine Rezension. Albrecht Müller.

Und dann musste der Schauspieler „Beep“ sagen Die Absurditäten der Politischen Korrektheit

Eine Rezension von Udo Brandes

Mai 2017: Beim Berliner Theatertreffen wird auch das Stück „89/90“ aufgeführt. Es basiert auf dem gleichnamigen Roman von Peter Richter und spielt in der Wendezeit 1989/90. Thema ist der aufkeimende Rechtsradikalismus in der DDR. Bei so einem Thema ist es natürlich nicht zu vermeiden, dass ein Nazi auftritt und sich auch wie ein Nazi verhält und spricht. Aber die Regisseurin Claudia Bauer und das ganze Ensemble mussten die Erfahrung machen, dass genau das nicht mehr möglich ist in Zeiten Politischer Korrektheit. Das Stück kam in Berlin gut an. Bauers Team erhielt nach der ersten Aufführung den Theatertreffen-Preis des Festivals. Aber schon bei der zweiten Aufführung war es vorbei mit der Harmonie. Der Intendant der Berliner Festspiele, Thomas Oberender, schlug Alarm: Das böse N-Wort (gemeint ist das Wort „Neger“) dürfe auf keinen Fall mehr gebraucht werden. Der Schauspieler, der den Nazi spielte, musste bei den weiteren Aufführungen allen Ernstes immer dann, wenn in seinem Text „Neger“ stand, „Beep“ sagen. Offensichtlich sind die Politisch Korrekten nicht dazu in der Lage zu verstehen, dass eine literarische Figur als Rassist gezeigt wird, um den Rassismus anzuklagen. Dass die Verwendung rassistischer Begriffe in einem Theaterstück also keineswegs eine Unterstützung von Rassismus ist, sondern das Gegenteil. Das Beispiel des Berliner Theatertreffens ist nur eines aus einer Fülle von Beispielen zu den Absurditäten der Politischen Korrektheit aus dem Buch „Es war doch gut gemeint. Wie Political Correctness unsere freiheitliche Gesellschaft zerstört“ von Daniel Ullrich und Sarah Diefenbach. Die beiden Autoren sind Forscher bzw. Professorin an der Universität München.

Dieses Buch könnte aktueller nicht sein. Denn wenn man erst einmal angefangen hat, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, begegnet es einem auf Schritt und Tritt. So war vor Kurzem in den Nachrichten zu hören, dass die Stadt Frankfurt alle Verkehrsschilder

auswechselt, auf denen „Fußgänger“ oder „Radfahrer“ steht. Zukünftig werden Fuß- und Radwege in Frankfurt nur noch für „Radfahrende“ und „Zu Fuß Gehende“ reserviert. Viele werden sich vielleicht auch noch an die Protestaktionen an der Alice Salomon-Hochschule in Berlin erinnern. Auf der Wand des Hochschulgebäudes war in großen Lettern ein Gedicht des Lyrikers Eugen Gomringer zu lesen. Es hatte den Titel: „Allein und Blumen und Frauen und ein Bewunderer.“ Studentinnen fühlten sich angeblich von diesem Gedicht sexistisch belästigt. Soweit mir bekannt ist, beklagten sich auch männliche Studenten über das Gedicht. Und die Hochschulleitung hat es dann tatsächlich entfernen lassen. Man fragt sich angesichts dessen: Was ist eigentlich schlimmer? Das Verhalten der Studenten oder das überkonformistische Verhalten der Hochschulleitung? Schließlich sollten doch gerade Hochschulen ein Ort geistiger und argumentativer Auseinandersetzung und gedanklicher Freiheit sein, und nicht ein Ort, an dem rigoros eine bestimmte Sichtweise durchgesetzt wird. Ist also dieser peinliche Konformismus das, was Linksliberale immer so gerne als „Haltung“ bezeichnen?

Manipulation mit Adjektiven

Welche Folgen solche und andere Aktionen für das gesellschaftliche Klima haben und was die stärker zunehmenden Zensurmaßnahmen im Interesse Politischer Korrektheit für die Demokratie bedeuten – das ist Thema des Buches. Es bietet eine Fülle von Beispielen und interessanten Analysen und beschränkt sich nicht nur auf das Thema „Politische Korrektheit“. Auch Leser, die sich für das Thema „Meinungsmache“ bzw. „Manipulation durch Medien“ interessieren, finden hier in einem Kapitel sehr interessanten Lesestoff. Ein Abschnitt darin ist den Adjektiven (Eigenschaftswörtern) gewidmet, die von den Medien als Interpretationsvorgabe eingesetzt werden:

„Ein weiteres Standardwerkzeug tendenziöser Berichterstattung ist die gezielte Voranstellung von Adjektiven. Viele Adjektive bewirken eine Art Vorsortierung in gedankliche Schubladen. Sie wirken als Interpretationsvorgabe für den Leser, der die Welt dann so sieht, wie vom Berichterstatter gewünscht. ‚Alternativlose Rettungspakete‘ müssen nicht mehr gerechtfertigt werden, ‚umstrittene Forderungen‘ haben einen schweren Stand. Schon dadurch, dass etwas als ‚umstritten‘ beschrieben wird, bekommt der Leser die Interpretationsvorgabe mitgeliefert, das nun die folgenden Ausführungen kritisch zu hinterfragen sind. Die Frage nach der Grundlage der vorangestellten Adjektive, also warum etwas als alternativlos oder umstritten gilt, stellt sich gar nicht mehr. Das Prinzip der Adjektive als Interpretationsvorgabe ist somit einfach, aber sehr wirksam“ (S. 53).

Als hätte die taz beweisen wollen, dass die Autoren Recht haben, stieß ich dort noch während meiner Lektüre auf einen Artikel, der exakt nach dem geschilderten Muster aufgebaut ist. Inhaltlicher Aufhänger des Berichtes ist eigentlich, dass das Unternehmen „Alnatura“, das mit Bioprodukten handelt, versucht, in der Bremer Filiale des Unternehmens einen Betriebsrat zu verhindern - und dafür entsprechend spezialisierte Juristen beauftragt hat. Doch das interessierte die taz-Autorin Simone Schnase offenbar nicht. Ihr Thema war etwas anderes, was schon in der Überschrift des Berichts deutlich wird:

„Alnatura beschäftigt AfD-nahen Anwalt
Fragwürdige Hilfe im Arbeitskampf
Christian Winterhoff hält Erziehung zur Akzeptanz sexueller Vielfalt für verfassungswidrig.“

Weiter heißt es im Bericht:

„Im Rechtsstreit über [die Gründung eines Betriebsrats](#) in einer Bremer [Alnatura-Filiale](#) muss sich das Unternehmen eine fragwürdige juristische Vertretung vorwerfen lassen: Neben dem Arbeitsrechtler Christof Kleinmann ließ es sich im Februar vor dem Bundesarbeitsgericht auch von dem Verfassungsrechtler Christian Winterhoff vertreten. Dieser ist Autor eines *umstrittenen* (Hervorhebung von mir UB) Gutachtens, das die schulische Erziehung zur Akzeptanz sexueller Vielfalt für verfassungswidrig erklärt“ (Alnatura beschäftigt AFD-nahen Anwalt. Fragwürdige Hilfe im Arbeitskampf, taz.de 26.3.2019).

Aus Sicht der taz und ihrer Autorin Simone Schnase besteht der Skandal also nicht darin, dass ausgerechnet ein modernes „Bio-Unternehmen“ versucht, das legitime Recht der Belegschaft auf einen Betriebsrat auszuhebeln. Sondern darin, dass das Unternehmen es doch tatsächlich gewagt hat, damit einen Juristen zu beauftragen, der „umstrittene“ Gutachten verfasst, die nicht-tazkonforme Thesen enthalten. Und das ist natürlich ein schwerwiegendes Verbrechen, das unbedingt an den Pranger gestellt werden muss.

Zeugt dies von einem demokratischen Ethos?

Ich bin weder AFD-Anhänger noch teile ich die Ansichten von Christian Winterhoff über Sexualpädagogik (Man muss heutzutage so etwas ja schon ausdrücklich feststellen, um

nicht selbst denunziert zu werden). Aber das, was die taz-Autorin in Bezug auf die berufliche Tätigkeit von Winterhoff für Alnatura macht, ist meines Erachtens nichts anderes als Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum, und ich frage mich: Zeugt dieses Verhalten von einem demokratischen Ethos? Und vor allem: Fördert es eine demokratischen Kultur? Oder ist es nicht eher Ausdruck einer autoritären, intoleranten, dogmatisch-inquisitorischen Haltung? Kurz: Das Gegenteil von liberal? Denn dieser Artikel ist zweifellos der Versuch, jemandem beruflich zu schaden, weil er eine politisch unangenehme Meinung vertritt. Und diese in linksliberalen Kreisen beliebte Praxis beschränkt sich keineswegs nur auf Personen, die AFD-nahe oder irgendwie geartete extremistische Positionen vertreten. So wurde zum Beispiel NachDenkSeiten-Redakteur Jens Berger von der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg, die ihn zu einem Vortrag eingeladen hatte, wieder ausgeladen. Warum? Weil einige Landespolitiker der Linkspartei wegen des „umstrittenen Rufs“ der NachDenkSeiten intervenierten. Da haben wir es wieder. Umstritten. Ein Adjektiv, das als Manipulationsinstrument eingesetzt wird, um eine politisch unerwünschte Meinung zu unterdrücken.

C. G. Jung lässt grüßen

Bei diesen Verhaltensweisen des linksliberalen Milieus kann man gar nicht anders, als an C. G. Jungs psychologische Schattentheorie zu denken. Jung vertrat die These, dass jeder Mensch verschattete Persönlichkeitsanteile hat, die seinem bewussten Selbstbild widersprechen und deshalb von ihm verleugnet oder verdrängt werden. Der sich ständig ereifernde Moralapostel bekämpft nach dieser Vorstellung seinen eigenen unmoralischen Schatten, indem er ihn auf andere Menschen projiziert und diese verfolgt und anklagt. Besonders schön zu beobachten ist dieses psychologische Phänomen bei den Antirassistinnen des linksliberalen Milieus, die so gerne „alte, weiße Männer“ anklagen – und gar nicht merken, dass sie damit Menschen aufgrund von Eigenschaften, für die sie nichts können (Alter, Hautfarbe und Geschlecht) kollektiv schlechte Eigenschaften zuschreiben. Mit anderen Worten: Sie denken und sprechen exakt nach dem Denkmuster von Rassisten. C. G. Jung und die Psychoanalyse lassen grüßen.

Parallelen zu Orwells „1984“

Zu welcher Schlussfolgerung kommen die Autoren hinsichtlich der Wirkungen des Phänomens Politische Korrektheit? Sie beschreiben zunächst zwei Szenarien. Das eine Szenario beschreibt einen Überwachungsstaat, das andere die totale Eskalation. Ihr Resümee:

„Die beschriebene Dystopie (fiktionale, in der Zukunft spielende Fiktion mit negativem Ausgang; UB) ähnelt in vielfacher Hinsicht dem totalitären Überwachungsstaat aus George Orwells ‚1984‘. Tatsächlich sind die Ähnlichkeiten zum Wirken der PC-Ideologie frappierend: Sowohl in Orwells Welt als auch in der PC-Ideologie spielt die Sprache eine zentrale Rolle als Werkzeug, um Macht auszuüben und das gewünschte System zu stabilisieren. In beiden Kontexten wird die Realität so beschrieben, wie man sie gern hätte, wobei auch vor Fälschung der Vergangenheit nicht haltgemacht wird – Bücher werden nachträglich umgeändert und Fakten umgedeutet, als wäre die Sicht schon immer so gewesen.[*] Ein weiterer zentraler Aspekt in Orwells Roman ist die Vision eines Überwachungsstaates, in dem seine Bürger in ständiger Angst lebten, sie könnten bei einem Fehlverhalten oder Gedankenverbrechen ertappt werden. Dieser Zustand ist glücklicherweise noch nicht in dem in ‚1984‘ beschriebenen Ausmaß erreicht, aber wir sind mit großen Schritten dabei, das dystopische Vorbild einzuholen“ (S. 269).

Dieser Schlussfolgerung kann ich mich anschließen. Es gäbe über den weiteren Inhalt des Buches noch vieles zu berichten. Doch das würde den Rahmen dieser Rezension sprengen. Deshalb abschließend noch eine Bewertung. Dieses Buch bietet eine Fülle von Informationen, Beispielen, Anregungen und Analysen zum Thema Politische Korrektheit. Deshalb möchte ich es empfehlen. Nichtsdestotrotz möchte ich doch auch etwas Kritisches anmerken.

Kritik

Die Autoren erklären die PC-Ideologie vor allem psychologisch und mit der These, es handle sich dabei um eine Art Ersatzreligion:

„Von Dogmen, Verhaltensregeln, Bestrafung im Falle der Glaubensabkehr bis hin zu dem Verhalten ihrer Anhänger existieren im Kontext der Political Correctness viele Elemente, die auch in religiösen Glaubensgemeinschaften zu finden sind. (...) Betrachtet man die PC-Ideologie als Glaubensgemeinschaft, erlaubt dies insgesamt einen ganz anderen Blick auf ihr Wirken. Viele scheinbar irrationale Verhaltensweisen ihrer Anhänger lassen sich eher verstehen, wenn man sie als Ausdruck eines Glaubens mit identitätsstiftender Wirkung betrachtet und die psychologischen Mechanismen und Gewinne berücksichtigt“ (S. 79 und 81).

Diese Sichtweise ist zweifellos richtig. Aber dabei kommen meines Erachtens zwei weitere Aspekte zu kurz: Nämlich *erstens*, dass Politische Korrektheit ein Kampfinstrument zumeist sehr gutsituierter bürgerlicher Milieus ist, die ihre Politische Korrektheit wie eine Monstranz vor sich her tragen und sich damit sozial nach unten abgrenzen. Man könnte auch sagen: Liberalismus und Weltoffenheit sind für diese Milieus zum Statussymbol geworden. Und Politische Korrektheit eine Möglichkeit, sich der Diskussion der realen Probleme, die sich aus der liberalen Ideologie ergeben, zu entziehen. Denn, um ein Beispiel zu nennen, der Linkliberalismus mit seinem Dogma der „Offenen Grenzen“ ist keineswegs für alle Bevölkerungsschichten ein Glücksfall. Es gibt durchaus nachvollziehbare Gründe, warum nicht alle Menschen über Einwanderer in Verückung geraten. Denn für einige Milieus sind Einwanderer eben auch Konkurrenten um materielle Ressourcen. Aber mit dem Vorwurf des Rassismus kann dieser Konflikt ohne echte Argumente einfach vom Tisch gewischt und ein legitimes politisches Interesse an einer Begrenzung von Einwanderung denunziert werden.

Außerdem ermöglicht die Ideologie der Politischen Korrektheit dem linksliberalen Bürgertum etwas auszuleben, was der französische Soziologe Pierre Bourdieu als „den Rassismus des Bürgertums“ bezeichnete: Das Treten nach unten im Namen der Moral und ohne schlechtes Gewissen.

Politische Korrektheit: ein lukratives Geschäftsmodell

Darüber hinaus ist Politische Korrektheit *zweitens* ein lukratives Geschäftsmodell, mit dem man eine steile Karriere als Funktionär machen kann, zum Beispiel bei der staatlich subventionierten Amadeu-Antonio-Stiftung. Diese Stiftung hat sich einen Namen gemacht als eine Art Inquisitionsbehörde für Politische Korrektheit. Menschen, die es wagen, öffentlich eine von der ideologischen Linie der Stiftung abweichende Meinung zu vertreten, wird von deren Funktionären gerne Antisemitismus unterstellt. Auch die NachDenkSeiten wurden schon ein Opfer dieser auch aus Steuermitteln finanzierten Einrichtung ([Näheres dazu hier](#)).

Was mich ansonsten an diesem Buch etwas störte ist, dass die Autoren sehr viele andere Kritiker der Politischen Korrektheit zitieren, ohne eindeutig zu sagen, wie sie zu dieser Meinung stehen. Dies kam mir bisweilen so vor, als ob die Autoren sich hinter den Zitaten anderer Autoren verstecken wollten, anstatt klar und deutlich Position zu beziehen. Was angesichts ihrer ansonsten eindeutigen Positionierung eigentlich unverständlich ist. Aber vielleicht ist dies nur dem Umstand geschuldet, dass beide Wissenschaftler sind – und deshalb beim Vertreten einer These etwas überkorrekt auf die ersten Urheber derselben hinweisen wollen, um nicht in den Verdacht eines Plagiats zu geraten.

Es hätte dem Buch für meinen Geschmack auch gut getan, wenn es etwas weniger ins Detail gegangen wäre. Umgekehrt ist es aber gerade deshalb auch eine wertvolle Fundgrube zu diesem Thema. Insgesamt betrachtet ist es ein Buch, das ich nur empfehlen kann und das hoffentlich viele Leser findet.

Und nun noch eine allerletzte Bemerkung: Das Buch hat meines Erachtens einen falsch gewählten Titel („Es war doch gut gemeint“). Warum? Weil ich glaube, dass hinter der hochmoralischen Fassade der PC-Ideologen eine Menge verschatteter Feindseligkeit und ein elitäres Selbstbild inklusive der dazugehörigen Verachtung für die „niederen Klassen“ steckt - also ganz und gar nichts Gutgemeintes.

Daniel Ullrich, Sarah Diefenbach: Es war doch gut gemeint. Wie Political Correctness unsere freiheitliche Gesellschaft zerstört, Riva-Verlag, 288 Seiten, 19,99 Euro.

[Link zum zitierten taz-Artikel.](#)

[<<*] Die Autoren spielen auf Änderungen von Kinderbüchern an, wie z. B. bei dem Klassiker „Pipi Langstrumpf“ von Astrid Lindgren, bei dem der Verlag das Wort „Negerkönig“ durch „Südseekönig“ ersetzte.